

Resolution

vom 30. Januar 2010

zur EEG-Einspeisevergütung für Solarstrom

Die Solarinitiativen in Bayern nehmen zu den von Bundesumweltminister Dr. Röttgen vorgeschlagenen „Eckpunkten der künftigen Photovoltaikvergütung im EEG“ vom 20.01.2010 wie folgt Stellung:

Grundsätzliches

Jede verantwortungsbewusste Gesetzesänderung muss sich an Tatsachen und langfristigen Zielen orientieren. Diesem Anspruch wird der Bundesminister für Umwelt aus unserer Sicht bisher nicht gerecht:

Kostenwahrheit: Wieder einmal konzentriert sich die öffentliche Diskussion auf die Kosten der Erneuerbaren Energien, v.a. auf die Mehrkosten im Vergleich zum „Normalstrom“. Die eklatante Ungerechtigkeit und Wettbewerbsverzerrung zugunsten der fossilen und atomaren Energieträger aufgrund der „externen Effekte“ (u.a. Klimawandel, Umweltverschmutzung, Endlagerung, fehlende Haftung) und Subventionen wird politisch nicht angegangen.

Rechtssicherheit: Eine erneute Absenkung der Vergütung so kurz nach dem letzten Novellierungsprozess schafft Rechts- und Planungsunsicherheit und verhindert Investitionen.

Fakten: Das EEG ist das weltweit erfolgreichste und effizienteste Instrument zur Markteinführung der Erneuerbaren Energien im Strombereich. Erstmals hat es auch für die Photovoltaik eine dynamische Entwicklung ermöglicht. Entscheidend für den Erfolg war das Zusammenspiel aus angemessen hoher Einspeisevergütung (Anreiz zur Investition) und angemessener regelmäßiger Vergütungsabsenkung (Anreiz zur Innovation).

Das bisherige Wachstum des PV-Marktes (durchschnittlich 79 % pro Jahr seit 2000), die bisher installierte Gesamtleistung von rund 10 Gigawatt peak (GWp) und der jährliche Zubau (in 2009 ca. 4 GWp) – wurden und werden regelmäßig unterschätzt. Die im Eckpunktepapier genannten Zahlen (9 GWp installierte Gesamtleistung, 3 GWp Zubau für 2009) entsprechen nicht den Tatsachen. Die Solarinitiativen fordern:

→ **Gesetzesänderung nur auf der Grundlage von seriösen Zahlen!**

Ziel: Ein operationelles langfristiges Ausbauziel für Solarstrom fehlt bisher. Angesichts der Energie- und der Klimaproblematik fordern die Solarinitiativen:

→ **30 % Solarstrom bis 2025 als gesetzliches Ziel!**

Hierfür sind rund 180 GWp PV-Leistung erforderlich, d.h. der Zubau muss bis 2025 jährlich um durchschnittlich 11 % wachsen.

Reden & Handeln: Das BMU betont zwar an zahlreichen Stellen das Ziel eines „dynamischen und nachhaltigen Wachstums“ der Photovoltaik. Der vorgesehene „Wachstumskorridor“ ist jedoch alles andere als dynamisch: Die vom BMU angepeilten 3 GWp/Jahr bedeuten einen Rückgang des schon heute erreichten Volumens um ein Viertel. Schlimmer noch: Bei einer technischen Lebensdauer der Anlagen von ca. 30 Jahren kann das notwendige Langfristziel von 180 GWp unmöglich erreicht werden!

Ohne dynamisches Wachstum werden weder die Klimaziele erreicht, noch die Energieversorgung gesichert noch eine raschest mögliche Kostensenkung erzielt werden.

Zur Erinnerung: Schon unter der letzten schwarz-gelben Koalitionsregierung Mitte der 90-er Jahre wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die zu einer Abwanderung der jungen deutschen PV-Industrie und zum Bankrott mittelständischer Installationsbetriebe führte. **Die jetzige Bundesregierung riskiert erneut, eine der hoffnungsvollsten deutschen Zukunftsbranchen (mit derzeit bereits 60.000 Arbeitsplätzen) wieder zu zerstören!**

Die Solarinitiativen fordern:

→ **Zukunftsbranche ‚Photovoltaik‘ erhalten und Arbeitsplätze weiter ausbauen!**

Zu den Änderungsvorschlägen des BMU

1. Eine einmalige zusätzliche Absenkung der Einspeisevergütung im einstelligen Prozentbereich ist aufgrund der gesunkenen Investitionskosten vertretbar, wenn sie das dynamische PV-Wachstum in Deutschland und die entstandenen Arbeitsplätze (Industrie, Handwerk, Dienstleistung) nicht gefährdet. Die vorgesehenen 15 % Zusatzabsenkung halten wir für wesentlich zu hoch.
2. Der 3-GW-„Wachstumskorridor“ ist ersatzlos zu streichen, da er als statisches, planwirtschaftliches Instrument ein dynamisches Wachstum verhindert und die Investitionsbereitschaft untergräbt.
3. Eine zusätzliche 10 %-ige „Strafdegression“ für PV-Freiflächenanlagen auf Ackerflächen wird abgelehnt. Die zweifellos notwendige Steuerung vor Ort sollte auch weiterhin anhand objektiver Kriterien auf der Ebene der Bauleitplanung (kommunale Planungshoheit) erfolgen. Die ABSI hat mit ihrem Leitfaden vom November 2009 den Kommunen entsprechende Hilfen an die Hand gegeben.

4. Alle Änderungen sollen frühestens zum 1. Juli 2010 in Kraft treten, damit bereits eingeleitete Projekte vorher abgeschlossen werden können.

Weitere Änderungsvorschläge

5. Alle weiteren Absenkungen der Einspeisevergütung sollten künftig nicht mehr jährlich, sondern quartalsweise erfolgen, damit die ‚Vergütungssprünge‘ für die Beteiligten verträglicher werden, eine Verstetigung des Zubaus erfolgt und die Arbeitssicherheit (Dachinstallationen im Winter) verbessert wird.
6. Um das noch brachliegende riesige Potenzial der Dächer von Eigenheimen und anderen kleinen Gebäuden schneller zu erschließen, sollen Kleinanlagen bis 10 kWp von der Absenkung ausgenommen werden. Der Zubau solcher Anlagen ist nämlich zuletzt aufgrund geringerer Wirtschaftlichkeit (bedingt durch höhere Kosten pro kWp) entgegen dem Trend gesunken.
7. Ebenso sind auch Fassaden- und dachintegrierte PV-Anlagen unabhängig von ihrer Größe von der zusätzlichen Absenkung auszunehmen und – wie in Frankreich – mit einem angemessenen Bonus auszustatten. Dadurch werden nicht nur zusätzliche Stromerzeugungspotenziale erschlossen, sondern innovative und Kosten senkende Standardbauteile für die Architektur entwickelt.
8. Die Obergrenze für die Eigenstrom-Vergütung (30 kWp) ist ersatzlos zu streichen, damit auch im gewerblichen Bereich eine Kostenentlastung durch Eigenverbrauch des selbst erzeugten Solarstroms stattfinden kann.
9. Bei PV-Freiflächenanlagen sind Regionen mit hohem Grünlandanteil bisher benachteiligt. Daher sollte die Beschränkung auf Ackerflächen entfallen. Dadurch würde der Druck auf hochwertige Ackerflächen sinken und sich das Pachtpreinsniveau für Ackerland wieder normalisieren. Zielkonflikte mit anderen Belangen (z. B. Naturschutz) können wie bisher durch die Bauleitplanung gelöst werden. Ferner sollte zwischen und unter den Modulen künftig auch eine acker- oder gartenbauliche Zusatznutzung zulässig sein.
10. PV-Parkplatzüberdachungen sollen in puncto Einspeisevergütung den Anlagen auf Lärmschutzwänden (§ 33 Abs. 1 EEG) gleichgestellt werden.

Zum Gesetzgebungsverfahren

Hunderte von Solarinitiativen in ganz Deutschland setzen sich seit Jahren für Erneuerbare Energien und Klimaschutz ein: Ehrenamtlich, neutral und hoch kompetent. Das BMU förderte in der Vergangenheit nach außen hin die Vernetzung und Stärkung der Solarinitiativen. Wenn es aber - wie hier - um wirklich entscheidende Weichenstellungen geht, werden sie nicht beteiligt.

Die Solarinitiativen bitten das BMU und den Deutschen Bundestag, im Gesetzgebungsprozess zukünftig offiziell mit angehört zu werden.

Unsere Forderungen im Überblick:

- Zukunftsbranche ‚Photovoltaik‘ erhalten und Arbeitsplätze weiter ausbauen !
- Gesetzliches Ziel bis 2025 – ein Solarstrom-Anteil von 30% !
- Kein Abwürgen der Investitionen durch überzogen hohe Absenkung
- Ersatzlose Streichung des 3 GWp-„Wachstumskorridors“
- Keine zusätzliche Strafdegression für PV-Freiflächenanlagen auf Ackerflächen
- Keine Absenkung bei Kleinanlagen bis 10 kW
- Bonus für Fassaden- und dachintegrierte Anlagen
- Streichung der Leistungsobergrenze (30 kW) bei Eigenstrom-Nutzung
- Zulassung von PV-Freiflächenanlagen auf Grünland
- Zulassung von acker- / gartenbaulicher Zusatznutzung bei Freiflächenanlagen
- Gleichstellung von Parkplatzüberdachungen mit Lärmschutzwänden
- Einheitliches Inkrafttreten aller Änderungen frühestens zum 1. Juli 2010 !

Ausblick

Mit einer solaren Innovationsstrategie für Deutschland würde es uns innerhalb weniger Jahre gelingen, wirksam das Klima zu schützen und eine dauerhaft zuverlässige, preiswerte Energieversorgung aufzubauen. Dieser Weg zur aktiven unverzüglichen Energiewende ist nicht nur leistbar, er ist alternativlos.

Bad Neustadt/Saale, den 30. Januar 2010

Ernst Schrimppf - Hans-Josef Fell - Raimund Becher - Birgit Baidl - Martina Raschke
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solarinitiativen

Die folgenden Solarinitiativen unterstützen diese Resolution (s. Liste):

Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen (ABSI)

Die Resolution vom 30.1.2010 unterstützenden Solar-Initiativen:

Name	PLZ	Ort	Vorsitz / Sprecher
1. Agenda 21-Berchtesgadener Land	83404	Ainring	Hermann Schubotz
2. Agenda 21-AK Energie Ottobrunn-Neubiberg	85521	Riemerling	Dankmar Müller
3. Agenda 21-AK Energie Peißenberg	82380	Peißenberg	Hans Arpke
4. Aktionskreis RIO Konkret – AK Energie	83564	Soyen	Michael Kettner
5. Arbeitskreis Umwelt e.V. (Ev. Jugend)	97258	Gollhofen	Harald Trabert
6. Bildungszentrum für Solartechnik	85229	Indersdorf	W. Kirchensteiner
7. Bürgerforum Umwelt e.V.	94474	Vilshofen	Gerhard Albrecht
8. Bürgerstiftung Energiewende Oberland	82515	Wolfratshausen	Martina Raschke
9. Bund Naturschutz, AG Neue Energie	91056	Erlangen	Manfred Rubruck
10. Bund Naturschutz, AK Energie Grafing	85567	Grafing	Olaf Rautenberg
11. Bund Naturschutz, AK Energie Pfaffenhofen/Ilm	85276	Pfaffenhofen	Siegfried Ebner
12. Bund Naturschutz, AK Energie Regensburg	93049	Regensburg	Martin Creuzburg
13. Bund Naturschutz, AK Energie Schweinfurt-Land	97469	Gochsheim	Erich Waldherr
14. Bund Naturschutz, KG Dingolfing-Landau	84130	Dingolfing	
15. Bund Naturschutz, KG Hof	95028	Hof /Saale	
16. Bund Naturschutz, KG Passau	94136	Kellberg	Gerhard Albrecht
17. Bund Naturschutz, Landes-AK Energie	96049	Bamberg	
18. Bund Naturschutz, OG Murnau	82249	Uffing	Uwe Kröker
19. Bund Naturschutz, Solar-AG Bad Reichenhall	83435	B. Reichenhall	
20. BUND Deutschland / Hameln-Pyrmont	31785	Hameln	Rainer Sagawe
21. David gegen Goliath e.V.	80331	München	Bernhard Fricke
22. Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.	80333	München	Hartmut Will
23. Ebersberger Sonnenweg	85560	Ebersberg	Olaf Rautenberg
24. Energie Hadern e.V.	81377	München	Ulla Klotz
25. Energie-Initiative Kirchberg e.V.	74592	Kirchberg	Gerhard Kreutz
26. Energie-Initiative Rhön und Grabfeld e.V.	97616	Bad Neustadt	Daniel Miller
27. Energiewende für Ingolstadt e.V.	85051	Ingolstadt	A. Krumwiede
28. Energiewende Kreis Erding e.V.	85435	Erding	Herbert Maier
29. Energiewende Landkreis Starnberg e.V.	82346	Andechs	Walter Kellner
30. Energie-Wende Trostberg e.V.	83308	Trostberg	Jürgen Oberhauser
31. Ergon e.V.	81377	München	Eugen Kuntze
32. Eurosolar e.V. Regionalgruppe München	81829	München	Michael Stöhr
33. Förderkreis Dezentrale Energie-Versorgung e.V.	94336	Windberg	Josef Gohl
34. Förderkreis Solar- & Windenergie Neumarkt e.V.	92334	Berching	Josef Neumeyer
35. Förderverein Sonnenenergie Eggenfelden e.V.	94439	Roßbach	I. Ellinger
36. Förderverein Umweltzentrum Ingolstadt e.V.	85055	Ingolstadt	
37. Forum Ökologie Traunstein e.V.	83278	Traunstein	Sylvester Dufter
38. Gesellschaft für aktives Umweltbewusstsein e.V.	84028	Landshut	Rolf Fahle
39. GreenCity e.V.	80469	München	Thomas Prudlo
40. Greenpeace, Regionalgruppe Augsburg	86157	Augsburg	
41. Greenpeace, Regionalgruppe Freilassing	83416	Saaldorf	
42. Greenpeace, Regionalgruppe Regensburg	93047	Regensburg	
43. Greenpeace, Regionalgruppe Würzburg	97074	Würzburg	
44. Indienhilfe e.V.	82211	Herrsching	
45. Initiative Alpen Solar	83259	Schleching	Peter Rubeck
46. Interessensgem. Regenerative Energien e.V.	84489	Burghausen	Otfried Hollricher
47. MetropolSolar Rhein-Neckar e.V.	68199	Mannheim	Daniel Bannasch
48. Renergie Allgäu e.V.	87439	Kempton	Richard Mair
49. Schumacher-Ges. f. politische Ökologie e.V.	85551	Kirchheim	Ulrich Diekmeyer
50. Solaranlagenverein Bensheim e.V.	64678	Lindenfels	Ralf Löffler

Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen (ABSI)

Die Resolution vom 30.1.2010 unterstützenden Solar-Initiativen:

(Fortsetzung)

51. Solare Brücke e.V.	89344 Aislingen	Wolfgang Scheffler
52. Solarenergie-Initiative Nürnberg e.V.	90409 Nürnberg	E. Wüstemann
53. Solarförderverein Regensburg Samos e.V.	93047 Regensburg	Martin Creuzburg
54. Solarfreunde Moosburg e.V.	85368 Moosburg	Hans Stanglmair
55. Solarinitiative Berchtesgadener Land e.V.	83404 Ainring	Hermann Schubotz
56. Solarinitiative Bodensee e.V.	88090 Immenstaad	Reimar Gluth
57. Solarinitiative München Land e.V. (SIMLA)	85521 Ottobrunn	Jörg Schindler
58. Solar-Initiative Sauerlach	82054 Sauerlach-Arget	Wolfgang Schreiber
59. Solarmobil-Förderverein Erlangen e.V.	91052 Erlangen	Roland Reichel
60. Solarverein Sonne-Technik-Strom (STS) e.V.	80639 München	Detlef Schmitz
61. Solid gemeinnützige GmbH	90765 Fürth	G.M. Meier
62. Sonnenhaus-Institut e.V.	94315 Straubing	Georg Dasch
63. Sonnenkraft Ainring e.V.	83404 Ainring	Hermann Schubotz
64. Sonnenkraft Freising e.V.	85354 Freising	Andreas Horn
65. S.U.N. e.V. Neckar-Odenwald	74821 Mosbach	Christine Denz
66. Terra-solar e.V.	61231 Bad Nauheim	Kurt Miller
67. Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V.	86971 Peiting	
68. Verein zur Gütesicherung von Solaranlagen e.V.	76131 Karlsruhe	
69. Zentrum Innovative Energien (ZIEL-21) FFB e.V.	82256 Fürstenfeldbr.	Birgit Baidl
70. Zukunft Sonne e.V.	83361 Kienberg	Gerhard Friesinger
71. 100%-Erneuerbare Energien e.V.	89077 Ulm	Robert Fuchs